# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1890. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 25. Mittwoch, 30. Januar 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben: 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getrennter und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verklagt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Die Veränderungen im Auswärtigen Dienst.

Reichspräsident v. Hindenburg hat nunmehr die Neuernennungen im Auswärtigen Dienst vollzogen:

**Dr. Köster**, bisher Leiter des Protokolls im Auswärtigen Amt wurde zum deutschen Gesandten in Oslo, **Dr. Renner**, bisher Gesandter in Athen, wurde zum Gesandten in Helsingfors, **Dr. Rudolf v. Kardorff**, bisher Gesandter in Tirana, wurde zum Gesandten in Athen ernannt. **Dr. Roß**, seit 1923 Verwalter des Generalkonsulats in Prätoria, wurde Generalkonsul.

Ueber die Persönlichkeit der Neuernannten erfahren wir folgendes: **Dr. Roland Köster** ist am 1. Juli 1883 geboren, war jahrzehntelang im badischen Justizdienst tätig und wurde im Dezember 1912 zum Legationssekretär bei der badischen Gesandtschaft in Berlin bestellt. Im Juni 1914 in das Auswärtige Amt einberufen, war er vom August 1914 im Heeresdienst und vom September 1915 ab Legationssekretär bei der Gesandtschaft im Haag. 1919 war er vorübergehend Geschäftsträger in Hamburg und danach wieder bei der Gesandtschaft im Haag tätig. Im Februar 1920 wurde er an die Gesandtschaft in Brüssel versetzt, wurde im März 1921 zum Gesandtschaftsrat daselbst ernannt und im November 1922 als Gesandtschaftsrat an die Gesandtschaft in Prag versetzt. Seit Juni 1925 im Auswärtigen Amt tätig, wurde er im August 1925 zum Vortragenden Legationsrat ernannt und erhielt im Februar 1926 als Leiter des Protokolls die Amtsbezeichnung als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister.

**Martin Renner**, geboren am 9. September 1870, ist aus dem Heeresdienst hervorgegangen (zuletzt stellv. Militär-Attaché im Haag). Er gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1920 an. Von 1921 bis 1922 war er als Botschaftsrat bei der Botschaft in Tokio, dann vorübergehend im Auswärtigen Amt und von 1923 bis 1925 als Botschaftsrat bei der Botschaft in Madrid (zuletzt mit der Amtsbezeichnung als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister) tätig. Am 20. März 1926 erfolgte seine Ernennung zum Gesandten in Athen.

**Rudolf von Kardorff**, am 26. Oktober 1881 geboren, ist aus dem Preußischen Justizdienst hervorgegangen. Er wurde im Januar 1908 als Attaché in das Auswärtige Amt einberufen und im Mai 1908 der Gesandtschaft beim Vatikan zugeteilt. Nach Ablegung des diplomatischen Examens wurde er im August 1911 zum Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Mexiko und im Mai 1914 zum Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Teheran ernannt. Seit Juli 1917 war er im Auswärtigen Amt tätig und wurde, nach vorübergehender Tätigkeit bei den Gesandtschaften in Helsingfors und Bern im Oktober 1920 zum Gesandtschaftsrat II. Klasse bei der Gesandtschaft in Sofia ernannt. Von Oktober 1923 ab war er Geschäftsträger in Tirana, seit April 1925 ist er Gesandter daselbst.

**Dr. Paul Roß**, geboren am 1. November 1870, ist aus dem Preußischen Justizdienst hervorgegangen. Er gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1900 an. Nach Beschäftigung im Auswärtigen Amt wurde er 1902 dem Generalkonsulat in Amsterdam und 1906 dem Konsulat in Chikago als Vizekonsul zugeteilt. 1909 erfolgte seine Ernennung zum Konsul in New Orleans. Von 1917 ab verwaltete er vorübergehend die Paßstellen in Eger, Krakau und Arnheim, sowie das Konsulat in Rotterdam. 1921 wurde er zum Generalkonsul in Valparaiso ernannt und 1928 mit der einstweiligen Verwaltung des Generalkonsulats in Pretoria beauftragt.

## Die Sachverständigen.

Die Probleme und die Persönlichkeiten der Teilnehmer an der Sachverständigenkonferenz im Goldenen Saal der Banque de France beschäftigen die Oeffentlichkeit in stärkstem Maße. Zwei bis drei Monate an Sitzungen und Beratungen rechnet man bei den Amerikanern als zeitliches Ausmaß der Konferenz. Festlegung der Endsumme und Verteilung der Jahreszahlungen ist das Ziel der Beratungen. Grundlage ist und darf nicht sein das angebliche Funktionieren des bisherigen Zahlungsplanes, sondern die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit auf Grund der immer bedenklicher sich gestaltenden Wirtschaftlichen Tatsachen und die Untersuchung der Gründe, die bisher die Aufbringung der Lasten auf den vorgesehenen Wegen ermöglicht haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer das imposante Bild wirklich sachkundiger Persönlichkeiten bietet. Es ist wohl keiner unter diesem Aufmarsch der Finanz- und Wirtschaftsgrößen, der nicht wirtschaftliche Zusammenhänge zu begreifen vermöchte. Diese Tatsache wird der Konferenz von vornherein das Gepräge sachlicher Verhandlungsform geben. Es hat aber ebenfalls keinen Zweck, sich irgendwie darüber hinwegzutäuschen, daß alle diese ehrenwerten und sachkundigen Männer leidenschaftliche Vertreter der Interessen ihres Landes sein werden, daß sie alle mit ihren Regierungen Linie und Ziel der Verhandlungen besprochen haben und daß ihre Sachkunde ihnen weniger Selbstzweck, als in sich doppelt gefährliches Mittel zum Endzweck, dem Siege ihres nationalen Standpunktes, werden kann. Es handelt sich darum, daß das Bankhaus Morgan als Hauptgläubiger der alliierten europäischen Staaten danach strebt, seine Schulden hereinzubekommen und daß Deutschland als Schuldner der Schuldner leicht der letzte werden kann, den alle Hunde beißen. Es bleibt Deutschland allerdings der letzte Ausweg, eine Konferenz zu verlassen, die kein Verständnis für seine Wirtschaftslage zeigen will, den anderen bleibt als Hemmung allzu gieriger Forderungen der Ausblick auf ein Chaos, das ein Ende aller Wünsche bedeuten würde.

# Steuerdebatte im Reichstag.

## Kommunistische Lärmszenen als Auftakt.

wtb. Berlin, am 29. Januar, 8 Uhr.

**Präsident Löbe** teilt bei Beginn der Sitzung mit, daß sich ein kommunalpolitischer Ausschuß gebildet hat, dem auch Nichtmitglieder des Reichstages angehören.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. **Torgler** (Komm.) gegen die im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung erfolgte Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Blencke. Er wendet sich weiter gegen die Ausweisung der Demonstranten von der Publikumstribüne in einer früheren Sitzung. Als Abg. Torgler dabei von „Hausknechts-Maßnahmen" spricht, ersucht ihn der Präsident, sich anderer Ausdrücke zu bedienen. **Präsident Löbe** schwingt die Glocke, Abg. Torgler redet trotzdem unter fortwährendem Glockenschwingen des Präsidenten weiter.

**Präsident Löbe** erklärt, er werde auf die Bemerkungen des Abg. Torgler nicht eingehen, da dieser Abgeordnete auf das Glockenschwingen nicht reagiert habe (Lärm bei den Kommunisten).

Abg. **Stöcker** (Komm.) beantragt, den Antrag auf sofortige Freilassung des Abg. Blencke sogleich auf die Tagesordnung zu setzen.

Der sofortigen Beratung wird nicht widersprochen.

Auf Antrag des Abg. **Schultz-Bromberg** (Dnat.) wird die Angelegenheit dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Abg. **Dittmann** (Soz.) regt an, der Ausschuß möge sich noch heute mit dem Freilassungsantrag beschäftigen.

Hierauf wird die erste

### Beratung des Steuervereinheitlichungsgesetzes

fortgesetzt.

Abg. **Rauheim** (Zentr.) erklärt sich für die Zentrumsfraktion mit dem Entwurf einer einheitlichen Bewertung einverstanden. Er begrüßt die Vereinheitlichung der Realsteuern und erhofft davon eine Senkung dieser Steuern. Es müsse erwogen werden, wieweit die öffentlichen Betriebe zur Steuer herangezogen werden können.

Zur Gebäudeentschuldungssteuer werde das Zentrum seine Haltung davon abhängig machen, daß die nötigen Mittel für den Wohnungsbau herauskommen. Die dauernde Beibehaltung dieser Steuer lehne das Zentrum ab.

Abg. Dr. **Becker** (Dvp.) erklärt, seine Freunde betrachteten den Gesetzentwurf von dem Gesichtspunkt aus, wie er auf die deutsche Wirtschaft wirken werde. Zum Objekt politischer Experimente dürfe man die Wirtschaft nicht machen. Manche Ausführungen des sozialdemokratischen Redners Keil entsprächen sicher nicht der besseren wirtschaftlichen Einsicht des Abg. Keil. Die sehr scharf klingenden Erklärungen des Abg. Dr. Rademacher sollten hoffentlich nicht besagen, daß die Deutschnationalen ihre Mitarbeit im Ausschuß überhaupt verweigern wollen. Das Steuervereinheitlichungsgesetz sei doch eine alte Forderung auch der Deutschnationalen. Die Deutsche Volkspartei gehe an die Arbeit im Ausschuß heran, mit der Absicht, den an sich begrüßenswerten Entwurf möglichst günstig für die deutsche Wirtschaft zu gestalten. Die riesige Arbeitslosenzahl in Deutschland beweise, daß von einer Blüte der deutschen Wirtschaft nicht geredet werden und daß diese Wirtschaft einen weiteren Steuerdruck nicht ertragen könne.

Die Absicht, die Steuern und auch die Veranlagung zu vereinheitlichen, sei auch im Interesse der Wirtschaft durchaus zu begrüßen. In Einzelheiten habe die Volkspartei viele Beanstandungen an dem Entwurf zu machen, vor allem vermisse sie darin die Gewähr für eine Realsteuersenkung. Der Entwurf ebne geradezu den Weg zu leichtfertigen Steuererhöhungen.

Nach dem Schluß der Rede des Abg. Dr. Becker beantragen die Kommunisten die Herbeizitierung des Reichskanzlers. Sie bezweifeln gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der kommunistische Antrag auf Herbeizitierung des Reichskanzler wird gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt.

In der Fortsetzung der Aussprache bezeichnet Abg. **Höllein** (Komm.) das Steuervereinheitlichungsgesetz als einen Generalangriff gegen die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden. Damit werde die Forderung des Frontzugs der internationalen Hochfinanz, des Reparationsagenten, durchgeführt. Das deutsche Großkapital arbeite Hand in Hand mit dem Reparationsagenten zusammen gegen die deutschen Gemeinden. Dr. Hilferding habe der deutschen Bourgeoisie schon große Dienste geleistet in den wenigen Monaten, in denen er den Ministersessel verunziere.

Vizepräsident **Esser** ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Höllein erhält einen weiteren Ordnungsruf, als er von der „Bauernrepublik" spricht.

Abg. Dr. **Fischer-Köln** (Dem.) bedauert, daß die ursprünglichen Referentenentwürfe, die zugleich eine Senkung der Realsteuern herbeiführen wollten, aus dem Stadium der Vorbesprechungen mit den Länderfinanzministerien niemals herausgekommen seien. Seine Freunde hätten es begrüßt, wenn es der gegenwärtigen Regierung gelungen wäre, diesen ursprünglichen Referentenentwürfen wieder näherzukommen. Tatsächlich sei das Kompromiß ausschließlich auf dem Rücken der Steuerzahler zustandegekommen.

Gegenüber der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen weist der Redner darauf hin, daß auch die Rechtsregierung in ihrer Vorlage auf die Senkung der Realsteuern verzichtet habe. Seine Partei werde im Ausschuß aufs schärfste darauf dringen, daß der Entwurf so ausgestaltet wird, daß seine unmittelbare Folge eine wirksame Realsteuersenkung ist.

Der Redner fordert weiter Prüfung der Frage der Herstellung einer Relation sowohl zwischen der Gewerbe- und der Einkommensteuer, als auch zwischen der Grund- und der Betriebssteuer. Notwendig sei auch noch wie vor ein Steuerhöchst-Lastengesetz. Im ganzen sei der Fortschritt, den die Vorlage bringe, durchaus anzuerkennen. Bedauerlich sei aber, daß die Reichsregierung nicht gleichzeitig mit dem Gebäudeentschuldungssteuergesetz ein Programm der künftigen Wohnungs- und Bauwirtschaft vorgelegt habe. Von einer wirklichen Verwaltungsvereinfachung, so erklärt der Redner weiter, ist leider bei der Vorlage nicht die Rede. Im Gegenteil deutet viel darauf hin, daß die Kompliziertheit des Verwaltungsapparates noch vergrößert wird. Warum wird neben der Veranlagung nicht auch die Erhebung dem Reiche übertragen. Ordnung in das ganze Finanzsystem kann im übrigen nur die große Verwaltungsreform bringen.

Die Möglichkeit einer erträglichen Verteilung der Steuerlasten sehen wir im Gegensatz zur Sozialdemokratie nur in der Gewährung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer an die Gemeinden.

Um 6½ Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 3 Uhr, vertagt.

Auf der Tagesordnung steht weiter die zweite Beratung des Wartestandsbeamten-Gesetzes.

Präsident Löbe teilt am Schluß der Sitzung mit, daß im Falle des kommunistischen Abg. Blencke keine Verhaftung, sondern nur eine polizeiliche Sistierung vorgelegen habe. (Gr. Heiterkeit.)

## Schacht berät mit Morgan.

**Während nach einer halbamtlichen Verlautbarung Dr. Schacht und Morgan ihre Begegnung dazu benutzten, um sich über die verschiedenen Fragen zu unterhalten, die für die Beziehungen der großen Emissionsinstitute untereinander von Bedeutung sind, hält man es in Pariser Kreisen für durchaus sicher, daß die Pariser Reise des Reichsbankpräsidenten in erster Linie einem Gedankenaustausch über die von der Sachverständigenkommission zu behandelnden Fragen gilt.**

**Das „Echo de Paris" erklärt, man könne versichert sein, daß Dr. Schacht sich bereits bemüht habe, den französischen Sachverständigen zu beweisen, daß die Forderungen nach Beibehaltung der jetzigen Dawes-Jahreszahlung von 2,5 Milliarden Mark übertrieben seien und die Privatisierung der deutschen Schuld verhindern würde.**

**Der „Newyork Herald" sieht in der Begegnung von Dr. Schacht und dem Gouverneur der Bank von Frankreich die erste bedeutende Vorkonferenz vor dem formellen Zusammentritt der Sachverständigenkommission. Das Blatt fügt hinzu, daß dem Dr. Schacht gegebenen Diner auch die beiden japanischen Delegierten Kengo Mori und Takashi Aoki beiwohnten. Sowohl Dr. Schacht wie Morgan lehnten es ab, über ihre Besprechungen in der Bank von Frankreich Erklärungen abzugeben. Die Konferenz dauerte mehrere Stunden. Man nimmt allgemein an, daß die beiden Delegationsführer bereits die Einzelheiten der kommenden Konferenz besprochen haben.**

## Um die Regierungsbildung.

wtb. Berlin. Der Reichskanzler Müller verhandelte am Dienstag nachmittag einzeln mit den Führern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei, den Abgg. Dr. Scholz, Kaas, Stegerwald und Leicht.

Ueber den Inhalt der Gespräche wird von den wenigen eingeweihten Personen das strengste Stillschweigen gewahrt. Nur soviel verlautet, daß die vom Zentrum konsequent festgehaltene Forderung, drei Ministersitze zu erhalten, das Hauptthema, aber auch die große Schwierigkeit der Einigung bildet.

Von einem Fortschreiten der Klärung kann augenblicklich noch nicht gesprochen werden, und zum Teil wird in parlamentarischen Kreisen die Lage nicht gerade günstig angesehen.